



Niederschrift

über die 9. Sitzung
des Schul- und Kulturausschusses der Stadt Lippstadt
am 07.03.2006

Sitzungsraum:	Rathaussaal zu TOP 1-3; Sitzungsraum E.08, Ostwall 1 zu TOP 4 ff
Beginn:	18:00 Uhr
Ende:	20:10 Uhr

Anwesend waren:

CDU-Fraktion

- | | |
|-----------------------------|---|
| 1 Wilhelm Börskens | stellvertretender Ausschussvorsitzender |
| 2 Franz Gausemeier | |
| 3 Heike Igel | |
| 4 Klaus Laufkötter | |
| 5 Mechthild Niggemeier | |
| 6 Gabriele Schütte-Holthaus | |
| 7 Margarete Wohlmeiner | |

SPD-Fraktion

- | | |
|-------------------------------|----------------------|
| 8 Dr. Yasmine Freigang | |
| 9 Katja Kleegräfe | |
| 10 Christian Nernheim | |
| 11 Sabine Pfeffer | Ausschussvorsitzende |
| 12 Wolfgang Schulte Steinberg | |
| 13 Martin Schulz | |

FDP-Fraktion

- | | |
|------------------------------|--|
| 14 Dr. Gabriela Jonas-Ahrend | |
| 15 Ulrike Leksovic | |

BG-Fraktion

- | | |
|-------------------|--|
| 16 Theodor Kremer | |
|-------------------|--|

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

- | | |
|------------------|--|
| 17 Gisela Pollok | |
|------------------|--|

Parteilos

- | | |
|--------------------------|---|
| 18 Günther Rech | Vertreter der katholischen Kirchengemeinde Lippstadt |
| 19 Frauke Wehrmann-Plaga | Vertreterin der evangelischen Kirchengemeinde Lippstadt |

Ferner waren anwesend

- | | |
|----------------|--|
| Carmen Harms | Geschäftsführerin KWL zu TOP 2 und 5 |
| Peter Hoffmann | Schulleiter der Kopernikusschule zu TOP 10 |
| Hubert Mittler | Schulleiter der Stadtwaldschule zu TOP 10 |

Seitens der Verwaltung

- | | |
|--------------------------|--------------------------------------|
| Heinrich Horstmann | Fachbereichsleiter FB 6 zu TOP 1 – 3 |
| Klaus Brüggelolte | Fachdienstleiter FD 65 zu TOP 1 – 3 |
| Dieter Mathmann | Fachdienst 63 zu TOP 1 – 3 |
| Paul-Gerd Sommer | Fachdienst 69 zu TOP 1 – 3 |
| Christian Kleineheilmann | Fachdienst 69 zu TOP 1 – 3 |
| Franz Josef Brenke | Fachbereichsleiter FB 4 |
| Josef Wittrock | FD 49 |
| Uwe Thiesmann | FD 40 |

In öffentlicher Sitzung

1. Fragestunde für Einwohner

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

2. Umbau der Jakobikirche zu einem Kunst- und Kulturzentrum

Vorlage Nr. 69/2006

Herr Mathmann stellte dem Ausschuss die vorliegende Planungskonzeption zum Umbau der Jakobikirche zu einem Kunst- und Kulturzentrum vor. Er machte deutlich, dass südlich der Kirche die Errichtung von Nebenräumen erforderlich sei. In diesen Nebenräumen solle das Foyer sowie die erforderlichen Toiletten, Garderoben sowie Heiz- und Abstellräume untergebracht werden. Im Inneren der Kirche seien darüber hinaus verschiedenen Umbaumaßnahmen an der heute vorhandenen Bausubstanz erforderlich.

Bezüglich der zukünftigen Nutzung wies Herr Mathmann darauf hin, dass durch die mobilen Wandelemente die Größe der Räumlichkeit veränderbar sei, so dass auch kleinere Veranstaltungen in einer ansprechenden Atmosphäre durchgeführt werden könnten. Für eine entsprechende Akustik in der Kirche sei der Einbau von faltbaren mobilen Akustiksegeln erforderlich.

Herr Pastor König erklärte, dass er sich freue, dass das Modellprojekt 'Umbau der Jakobikirche zu einem Kunst- und Kulturzentrum' nunmehr zum Tragen komme.

Frau Pfeffer begrüßte das vorgestellte Planungskonzept für die Umbaumaßnahme der Jakobikirche und erklärte, dass es sich um eine sinnvolle Ergänzung des vorhandenen kulturellen Raumangebotes handele.

Frau Bartmann-Salmen sprach sich im Namen ihrer Fraktion ebenfalls für das vorgestellte Konzept aus. Bezüglich der Dauer der Kirchennutzung, die in § 7 der anliegenden Vereinbarung geregelt sei, bat sie um Auskunft, wie diese zu verstehen sei.

Herr Sommer machte deutlich, dass bezüglich der kirchlichen Nutzung noch letzte Feinabstimmungen mit der Evangelischen Kirche vorzunehmen seien. Er wies ergänzend darauf hin, dass aufgrund der in § 8 der Vereinbarung vorgesehenen Regelung die zukünftige Nutzung der Kirche durch den noch zu gründenden Verein geregelt werden solle.

Herr Kremer sprach sich grundsätzlich für den Umbau der Jakobikirche zu einem Kunst- und Kulturzentrum aus. Er bat jedoch um Auskunft, inwieweit die zukünftig anfallenden Folgekosten aufgrund der nicht besser werdenden finanziellen Situation der Kirchen tatsächlich von der Evangelischen Kirche übernommen werden können.

Herr Pastor König erklärte, dass die Evangelische Kirche weiterhin Eigentümerin der Jakobikirche bleibe und daher, wie in der Vereinbarung geregelt, die anfallenden Folge- und Unterhaltungskosten zu übernehmen habe.

Herr Gausemeier erkundigte sich, inwieweit nach dem Umbau der Jakobikirche Leerstände in anderen kulturellen Räumlichkeiten zu erwarten seien.

Frau Harms machte deutlich, dass bisher für diverse Veranstaltungen, wie z.B. Kammerkonzerte, kein adäquater Raum zur Verfügung gestanden habe. Darüber hinaus sei in den ersten Jahren nicht zu erwarten, dass eine sehr große Anzahl von Veranstaltungen in der dann umgebauten Jakobikirche stattfinden werde. Zielsetzung müsse es vielmehr sein, nur eine geringe Anzahl von entsprechend geeigneten Veranstaltungen durchzuführen, damit der besondere Reiz der Räumlichkeit nicht verloren gehe. Ein wesentlicher Leerstand in anderen städtischen kulturellen Einrichtungen sei daher nicht zu erwarten.

Herr Brülle bat die Verwaltung um Prüfung, ob der früher in der Jakobikirche vorhandene Brunnen im Zuge der Baumaßnahmen wieder freigelegt werden könne.

Die Verwaltung sicherte eine entsprechende Überprüfung zu.

Seitens des Schul- und Kulturausschusses wurde nach kurzer Diskussion mit Stimmenmehrheit beschlossen, dass in Abänderung des Beschlussvorschlages der Verwaltung der zweite Satz in Ziffer 4 gestrichen werden soll, der ursprünglich folgenden Wortlaut hatte:

" ... An der Rathausgalerie soll aber wegen der ganzjährig zur Verfügung stehenden und mit Landesmitteln geförderten und eigens für Ausstellungen hergerichteten Räumlichkeiten festgehalten werden."

Sodann beschloss der Schul- und Kulturausschuss:

- " 1. Der ausgestalteten Planungskonzeption zum Umbau der Jakobikirche zu einem Kunst- und Kulturzentrum wird zugestimmt.
2. Dem Entwurf der Vereinbarung über den Umbau der Jakobikirche zu einem Kirchen-, Kunst- und Kulturzentrum wird zugestimmt
3. Dem Rat wird empfohlen, dem Erwerb einer Mitgliedschaft der Stadt Lippstadt in dem noch zu gründenden Verein, dem die Regelung der zukünftigen kulturellen Nutzung der Jakobikirche anvertraut wird, zuzustimmen.
4. Der Schul- und Kulturausschuss nimmt zur Kenntnis, dass im Rahmen der kulturellen Nutzung der Jakobikirche auch Ausstellungen möglich sind."

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

3. Hochbauprogramm 2006

Vorlage Nr. 73/2006

Herr Brülle bat um Auskunft, ob in der Grundschule Im Kleefeld in Dedinghausen Probleme mit Schimmelbefall vorlägen, so dass erforderliche Baumaßnahme in das hier zu beschließende Hochbauprogramm an Schulen aufzunehmen seien.

Herr Brüggel erklärte, dass in der Schule Im Kleefeld in den letzten Jahren wiederholt Schimmelbefall aufgetreten sei. Die vorliegenden Schäden habe man jeweils umgehend beseitigt. Erst vor 14 Tagen habe eine Begehung mit einem Vertreter des Gesundheitsamtes stattgefunden, bei der diesbezüglich keinerlei Mängel festgestellt worden seien.

Herr Horstmann ergänzte, dass man zurzeit dabei sei, ein entsprechendes Sanierungskonzept zu erarbeiten. Mit der Umsetzung der Maßnahme sei jedoch aufgrund der sicherzustellenden Finanzierung kurzfristig nicht zu rechnen.

Frau Pfeffer bat, das noch zu erarbeitende Sanierungskonzept neben dem Bau- und Verkehrsausschuss auch im Schul- und Kulturausschuss vorzustellen, was seitens der Verwaltung zugesichert wurde.

Ansonsten nahm der Schul- und Kulturausschuss die Vorlage zur Kenntnis.

Die gemeinsame Sitzung des Bau- und Verkehrsausschuss mit dem Schul- und Kulturausschuss wurde um 18:50 Uhr beendet. Sodann begaben sich die Mitglieder und sonstigen Beteiligten bzw. Zuhörer des Schul- und Kulturausschusses zur weiteren Beratung in den Sitzungssaal ins Stadthaus. Dort wurde die öffentliche Ausschusssitzung um 19:00 Uhr fortgesetzt.

4. Wegebenennung im Stadtteil Bökenförde

Vorlage Nr. 14/2006

Ohne Diskussion beschloss der Schul- und Kulturausschuss:

- " Der Rad- und Fußweg, der von der Johannesstraße zum Puisterweg verläuft, wird in "Puisterpatt" benannt."

(Einstimmig zugestimmt)

5. Kultur und Werbung Lippstadt GmbH;

h i e r : Jahresrechnung 2004/05

Vorlage Nr. 50/2006

Ohne Diskussion beschloss der Schul- und Kulturausschuss dem Rat folgenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten:

" Der Vertreter der Stadt Lippstadt in der Gesellschafterversammlung der Kultur und Werbung Lippstadt GmbH wird angewiesen, folgende Erklärungen abzugeben:

- " 1. Der Jahresabschluss 2005 wird per 30.06.2005 festgestellt
 - in der Bilanz in Aktiva und Passiva in Höhe von 245.384,05 €
 - in der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 556.554,75 €
2. Der Jahresfehlbetrag 2005 in Höhe von 556.554,75 € wird durch Verrechnung mit der Kapitalrücklage für Verlustausgleich, die einen Stand von 582.000,00 € aufweist, vollständig ausgeglichen.
3. Der verbleibende Bestand in der Kapitalrücklage für Verlustausgleich in Höhe von 25.445,25 € wird der freien Kapitalrücklage zugeführt.
4. Dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2004/05 Entlastung erteilt." .

(Einstimmig zugestimmt)

6. Kooperation von Bibliothek und Schule - Ein Netzwerk zur Förderung der Sprach- und Lesekompetenz -;

h i e r : Überplanmäßige Mittelbereitstellung

Vorlage Nr. 71/2006

Herr Brenke erläuterte kurz die Vorlage.

Ansonsten beschloss der Schul- und Kulturausschuss ohne Diskussion dem Rat folgenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten:

" Zur Umsetzung des Konzeptes zur 'Kooperation von Bibliothek und Schule' sind die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 53.000,-- € überplanmäßig bei der Hhst. 1.352.5902 'Durchführung des Projekts Kooperation von Bibliothek und Schule' bereitzustellen. Zur Deckung ist die eingegangene Mehreinnahme in Höhe von 53.000,-- € bei Hhst. 1.352.1780 'Spenden für Kooperation von Bibliothek und Schule' heranzuziehen."

(Einstimmig zugestimmt)

7. Bericht über den Entwurf des neuen Schulgesetzes NRW (mündlich)

Herr Brenke erläuterte anhand einer Präsentation den Gesetzesentwurf des Landes zur Novellierung des Schulgesetzes und beantwortete die aus der Mitte des Gremiums gestellten Fragen.

Er wies insbesondere darauf hin, dass seitens der Landesregierung derzeit zum Gesetzesentwurf die Beteiligung der Verbände laufe. Insoweit müsse das weitere Verfahren abgewartet werden.

8. Vorschulische Sprachförderung

Vorlage Nr. 70/2006

Herr Brenke machte darauf aufmerksam, dass kurz vor der Sitzung ein Nachbewilligungsbescheid des Landesjugendamtes eingegangen sei. Nunmehr liegen für alle beantragten 24 Gruppen Landeszuschüsse vor.

Auf entsprechende Nachfrage von Frau Pollok erwiderte Herr Brenke, dass derzeit mit den Schulen die Umsetzung der geänderten Rahmenbedingungen geprüft werde, da die bisherigen Planungen von 19 Gruppen ausgegangen sind.

9. Ergebnis der Anmeldungen von Schülerinnen und Schülern bei den weiterführenden Schulen für das Schuljahr 2006/07 (Tischvorlage)

Vorlage Nr. 76/2006

Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Börskens entgegnete Herr Brenke, dass das Anmeldeergebnis für die Stadtwaldschule mit derzeit 11 Schülerinnen und Schülern nicht befriedigend sei. Allerdings werden noch 16 Kinder erwartet, so dass möglicherweise wieder eine zweizügige Eingangsklasse gebildet werden könne.

Herr Kremer stellte die Frage, ob auf Dauer eine einzügige Hauptschule seitens des Landes geduldet würde. Herr Brenke stellte klar, dass bei Hauptschulen lediglich die Klassen 7 bis 10 für die notwendige Zweizügigkeit betrachtet würden. Zudem gebe es Ausnahmetatbestände, wie z. B. eine unzumutbare Weglänge zu einer anderen Hauptschule, bei der auch eine Hauptschule, die die Zweizügigkeit in den Klassen 7 bis 10 dauerhaft unterschreitet, weiter betrieben werden könne.

10. Errichtung einer Ganztags Hauptschule in Lippstadt

Vorlage Nr. 68/2006

Herr Brenke erläuterte die Vorlage und verwies auf die nachgereichten Anlagen.

Insbesondere wies er auf die Anträge der Stadtwaldschule und Kopernikusschule hin, in denen diese in Abwandlung zu Ziffer 3 des Beschlussvorschlages der Verwaltung darlegen, lediglich mit der Jahrgangsstufe 5 schrittweise in den Ganztagsbetrieb einsteigen zu wollen.

Zudem erläuterte er den Antrag der Kopernikusschule in Abweichung zu Ziffer 4 des Beschlussvorschlages für die Schuljahre 2006/07 und 2007/08 seitens des Schulträgers wegen des sich in dieser Zeit noch nicht auswirkenden Ganztagszuschlages zusätzliche Mittel im Rahmen eines noch vorzulegenden Konzeptes zur Ausgestaltung der außerunterrichtlichen Angebote bereitzustellen.

In der anschließenden Diskussion wurden die Anträge der Schulen auf Umwandlung in Ganztagschulen einhellig positiv bewertet.

Auf Wunsch des Ausschusses erörterte Herr Hoffmann die Anträge der Hauptschulen, machte jedoch auch deutlich, dass die nun vorgelegten Konzepte sich weiterentwickeln würden und insoweit nur den derzeitigen Stand der Planungen wiedergeben könnten.

In Abweichung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung beschloss der Schul- und Kulturausschuss unter Berücksichtigung der seitens der Stadtwaldschule und der Kopernikusschule gestellten Änderungsanträge zu Ziffer 3 sowie dem Änderungsbegehren der Kopernikusschule zu Ziffer 4 dem Rat folgenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten:

- " 1. Der Rat der Stadt Lippstadt unterstützt die Bewerbungen der Kopernikusschule und der Stadtwaldschule im Rahmen der "Qualitätsoffensive" des Landes Nordrhein-Westfalen zur schrittweisen Umwandlung in Ganztagschulen.
2. Die pädagogischen Konzepte werden zur Kenntnis genommen.
3. Vorbehaltlich der Genehmigung des Landes zur Umwandlung der Schulen von der Halbtags- in die Ganztagsform beschließt der Rat:
Die Kopernikusschule und die Stadtwaldschule, städt. Gemeinschaftshauptschulen, werden ab 01.08.2006 als Ganztagschulen geführt.
Der Aufbau der Ganztagsform erfolgt schrittweise, im Schuljahr 2005/06 beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 .
4. Die Personalkosten für außerunterrichtliche Angebote sollen aus dem Ganztagszuschlag finanziert werden (anteilige Stellenkapitalisierung).
Für die Anlaufphase (Schuljahre 2006/07 und 2007/08) stellt der Schulträger, wegen des in dieser Zeit noch nicht auswirkenden Ganztagszuschlages, zusätzliche Mittel im Rahmen eines noch vorzulegenden Konzeptes zur Ausgestaltung der außerunterrichtlichen Angebote in Aussicht.
5. Die Verwaltung wird ermächtigt, die gemäß Ziffer 6 des Einführungserlasses des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 25.01.2006 vorgesehenen verbindlichen Erklärungen abzugeben, und zwar
 - a) ab welchem Zeitpunkt die räumlichen, personellen und sächlichen Voraussetzungen für die Aufnahme des Ganztagsbetriebs gegeben sind und
 - b) zu welchem Zeitpunkt der Ausbau des Ganztagsbetriebs begonnen wird.
6. Das auf der Grundlage des pädagogischen Konzeptes zu entwickelnde Raumprogramm für den Ganzttag wird im Rahmen der Vorgaben des Landes auf der Grundlage des Runderlasses des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 19.10.1995 in der Fassung des Erlasses vom 14.10.2005 und der Förderungsfähigkeit noch gesondert beraten und beschlossen.
Die Verwaltung wird gebeten, hierzu eine Konzeption zu entwickeln. Der Schul- und Kulturausschuss wird ermächtigt, hierüber abschließend zu entscheiden.

(Einstimmig zugestimmt)

11. Verschiedenes

Wortmeldungen lagen nicht vor.

Vorsitzende

Schriftführer